von John Sherman eingebrachten Bill zu, nach welcher das Schatzamt von Zeit zu Zeit Silber im durchschnittlichen Betrag von 4 500 000 Dollar Unzen monatlich zum Marktpreise, aber nicht höher als ein Dollar zu 371,25 gran reines Silber anzukaufen und dafür Silbernoten im Betrage 1—1000 Dollars auszugeben hat; das Schatzamt darf die Noten in Geld oder Silber einlösen. Man ersieht hieraus, daß mit dieser Bill der Preis des Silbers, der in der ganzen Welt sank, gehalten werden sollte. So konnte es jedoch nicht fortgehen, und als Indien, neben China, das einzige Silberwährungsland, zur Aufhebung der Silberwährung schritt, mußte auch Nordamerika einen entscheidenden Schritt thun, wenn es nicht schließlich in seinen Staatscassen eingebildete Werthe liegen haben wollte. Der Schnitt in das Silber muß tief gemacht werden, und das will Cleveland, indem er die stricte Aufhebung der Shermanbill herbeiführen will. Natürlich tritt er da einer Menge am Silber interessirter Leute auf die Beine, die politisch theils Republikaner, theils von seiner Partei, nämlich Demokraten, sind. Die silberfeindlichen Republikaner freuen sich der Parteigängerschaft Cleveland's, die silberfreundlichen Demokraten wollen ihren Parteigenossen nicht gern verlassen, daher die oft widersprechenden Meldungen, weil das Zünglein an der Waage des Senats schwankt. Das Repräsentantenhaus ist mit Cleveland einverstanden. Die neueste Depesche lautet nun dahin, daß die Silberfreunde unter Sherman ein neues Project im Auge haben, das sich auf Herausgabe anderer Obligationen (nicht Noten) auf Basis der Silberzahlung gründe, daß aber auch dem gegenüber Cleveland festbleibe.

Deutsches Reich.

‡‡ **Berlin**, 25. October. Die Aufhebung der Portofreiheit für Staatsdienstsachen hat eine überaus weitläufige und umständliche Ab- und Berrechnung betreffs der von den einzelnen Verwaltungsstellen gezahlten Porti zur Folge. Der Versuch, die daraus sich ergebenden Uebelstände dadurch zu mildern, daß wenigstens einem Theil der Dienststellen eine Pauschalentschädigung für die von ihnen zu zahlenden Porti gewährt, von einer Erstattung der erlegten Portiausgaben im Einzelnen aber abgesehen wurde, begegnete der Schwierigkeit, daß diejenigen Beamten, deren Entschädigung sich als unzureichend erwies, über die Unzulänglichkeit ihrer Entschädigung ernste und, weil berechtigt, nicht wohl abzuweisende Klagen führten, so daß eine Mehrbelastung der Staatscasse in Aussicht stand, für welche sich, weil der Nachweis einer Zurückzahlung in anderen Fällen nicht zu erbringen war, ein Ausgleich nicht bot. Es sind deshalb seitens der preußischen Finanzverwaltung mit der Reichs-Postverwaltung Verhandlungen wegen portofreier Beförderung der preußischen Staatsdienstsendungen gegen Gewährung einer Pauschalvergütung eingeleitet worden. Diese Verhandlungen haben zu dem Ergebniß geführt, daß vom 1. April nächsten Jahres ab gegen Gewährung einer vorläufig auf sechs Millionen Mark bemessenen Pauschalvergütung, deren Revision nach Ablauf einiger Jahre vorbehalten ist, die Staatsdienstsachen, mit Ausnahme gewisser qualificirter Sendungen, portofrei durch die Post befördert werden. Die näheren Bestimmungen wegen Durchführung dieser Vereinbarung sind Gegenstände der Verhandlung zwischen den betheiligten Ressorts.

△ **Berlin**, 25. October. Recht unnütze Candidaturen für das Abgeordnetenhaus stellen die Conservativen in einer Anzahl von Wahlkreisen auf. So wird jetzt aus dem gegenwärtig nationalliberal vertretenen Wahlkreis Neuwied, der stets mit geringster Mehrheit zwischen dieser Partei und dem Centrum streitig ist, die Aufstellung conservativer Candidaten berichtet. Den im Wahlkreis sehr schwach vertretenen Conservativen kann dies nicht das Geringste nützen, wohl aber muß es Spaltung in die Reihen der Gegner des Centrums tragen und damit die Aussichten auf Verstärkung der Gefolgschaft des Herrn Lieber verbessern. Kann dies ein vernünftiger und patriotischer Zweck für die conservative Partei sein? Ganz ähnlich zwecklos und vielleicht gefährlich ist das Auftreten dieser Partei in verschiedenen Wahlkreisen in Nassau, wo die Nationalliberalen einen schweren Stand gegen die Ultramontanen haben.

* **Berlin**, 25. October. Die „Kreuzzeitung" veröffentlichte eine lange Liste von Gesetzentwürfen, die angeblich dem Reichstag in der bevorstehenden Tagung zugehen sollen. Es ist darin so ziemlich Alles zusammengetragen worden, was schon einmal den Reichstag beschäftigt hat, aber unerledigt geblieben ist, und dazu noch Einiges mehr. Wie wenig — so wird mehreren Blättern von officiöser Seite geschrieben — zuverlässig die Zusammenstellung ist, geht schon daraus hervor, daß es so dargestellt wird, als sei eine Vorlage über Errichtung von Heimstätten zu erwarten. Die Regierung hat keinen solchen Entwurf ausgearbeitet; gemeint ist offenbar der bekannte aus der conservativen Partei hervorgegangene Entwurf, der es früher im Reichstage schon bis zur Commissionsberathung gebracht hatte. Ebenso liegt wahrscheinlich bei der Angabe, daß aus dem Reichsamte des Innern ein Entwurf über Errichtung von Handwerkerkammern erscheinen werde, eine Verwechselung mit den von dem preußischen Handelsminister veröffentlichten Grundzügen über eine neue Organisation des Handwerks vor. Allerdings hat der Staatssecretär des Innern, v. Boetticher, im vorigen Jahre bei Berathung der Interpellation des Centrums eingehend über die Absicht, territorial abgegrenzte Handwerkerkammern zu schaffen, gesprochen, gleichzeitig aber die Schwierigkeit der Aufgabe hervorgehoben und die Angabe eines bestimmten Zeitpunctes für die parlamentarische Reife der Sache abgelehnt. Die Veröffentlichung der aus dem preußischen Handelsministerium hervorgegangenen Grundzüge und die Thatsache, daß weder das Staatsministerium bis jetzt Stellung dazu genommen, noch die Reichsinstanz sich die leitenden Gedanken jener Arbeit zu eigen gemacht hat, deuten doch wohl darauf hin, wie wenig die Angelegenheit schon als spruchreif für den Reichstag erachtet wird. Ob endlich die Regierung schon beschlossen hat, in der bevorstehenden Session nochmals einen Versuch mit dem früheren Trunksuchtsgesetze zu machen, möchten wir stark bezweifeln. Bestimmt werden dagegen die Novellen zum Gesetze über den Unterstützungswohnsitz und zum Viehseuchengesetz erscheinen, dringend zu wünschen ist, daß das Reichsseuchengesetz zu Stande komme.

— Der Kaiser arbeitete heute Vormittag allein und nahm Vorträge entgegen.

— Uebermorgen wird Herzog Alfred von Sachsen-Coburg-Gotha zum Besuch im Neuen Palais eintreffen.

— Prinz Friedrich von Hohenzollern, der neuernannte commandirende General des III. Armeecorps, traf gestern Nachmittag hier ein. Heute Abend gedenkt er Berlin wieder zu verlassen, um auf kurze Zeit nach Cassel zurückzukehren.

— Erzherzog Albrecht von Oesterreich kam heute um 9 Uhr nach Berlin, wurde vom österreichischen Militairbevollmächtigten Baron von Steininger auf dem Bahnhofe empfangen und auf der Visitenfahrt bei den hier anwesenden Mitgliedern der königlichen Familie, den Ministern 2c. durch die Stadt geleitet. Darauf begab sich der Erzherzog nach der österreichisch-ungarischen Botschaft, um dort das Frühstück einzunehmen. Um 2 Uhr erfolgte die Rückkehr nach dem Neuen Palais. Um 7 Uhr fand in der Jagdsal-Galerie des Neuen Palais ein Diner von über 100 Gedecken statt. Im Verlaufe desselben brachte der Kaiser einen Trinkspruch auf den Erzherzog aus, welcher dankend erwiderte.

— Der bisherige Kriegsminister General der Infanterie v. Kaltenborn-Stachau wurde gestern Mittag vom Kaiser bei seiner Anwesenheit auf dem hiesigen Bahnhofe behufs seiner Abmeldung empfangen. Der General hat sich nach Braunschweig begeben und wird dort, wie es heißt, dauernden Aufenthalt nehmen.

— Der zweite Secretair der kaiserlichen Botschaft in Konstantinopel, Freiherr Seefried von Buttenheim, ist nach Jerusalem abgereist, um im Auftrage des Reichskanzlers an der Grundsteinlegung der deutschen evangelischen Kirche am 31. October theilzunehmen. Die Vertretung des Auswärtigen Amtes und im Besonderen der deutschen Botschaft am Goldenen Horn bei der Jerusalemer Feier ist erklärlich, da die Verhandlungen über die Jerusalems-Angelegenheit zum größten Theile durch das Auswärtige Amt geführt wurden.

— In Sachen des Generals Kirchhoff ist in den letzten Tagen ein Militairgericht zusammengetreten.

— Nach den gesetzlichen Bestimmungen bedürfen die gegen Rußland und Finnland angeordneten Zollzuschläge der nachträglichen Zustimmung des Reichstags, und es sind daher, wenn bei dessen Eröffnung in der zweiten Hälfte des nächsten Monats der Zollkrieg noch andauern sollte, die Verordnungen unverzüglich dem Reichstage zur Beschlußfassung vorzulegen.

— Finanzminister Miquel soll in einem Privatgespräch geäußert haben, daß die Prämie für die Branntweinbrenner bis auf Weiteres unentbehrlich sei. Besonders für die süddeutschen Brenner sei die sogenannte Liebesgabe nothwendig, weil diese sonst durch die norddeutsche Concurrenz schwer geschädigt werden würden.

— In dem Verzeichniß der nationalliberalen Landtagscandidaten sind, wie die „N.-L. C." sich selbst berichtigend mittheilt, einige * versehentlich weggeblieben, welche anzeigen sollten, daß daß Mandat auch bisher in nationalliberalem Besitz war. Es sind dies die Wahlkreise Schubin, Stadt Cassel, Dillkreis, Landkreis Wiesbaden, Obertaunuskreis, Stadt Frankfurt a. M. und Elberfeld.

— Die freisinnige Volkspartei hascht immer mehr nach „packenden" Schlagworten. Das Neueste hat in einer Berliner Wahlversammlung Rechtsanwalt Träger, der Tischredner und Dichter der Fraction, ausgegeben. Er wies darauf hin, daß die Landtagswahlen im November stattfinden; da möchten die Wähler daran denken, daß ein Luther, ein Schiller, ein Scharnhorst im November das Licht der Welt erblickten, und demgemäß recht gesinnungstreue Fortschrittler, vor Allem natürlich Herrn Albert Träger selbst, wählen. Geistreicher kann man nicht sein. In anderer, an antike Vorbilder erinnernder Weise ist der große Volksmann Knörcke bemüht, den Urwählern „ans Herz zu greifen". In einer Versammlung des III. Berliner Landtagswahlkreises hat Knörcke feierlich erklärt, daß er „unter allen Umständen und ohne Rücksicht darauf, ob er nach oben hin anstoße, der freisinnige Mann bleiben werde, der er bisher gewesen." — Bravo, Knörcke!

— Militair-Invaliden, im Staatsdienst befindliche und aus dem Staatsdienst mit Pension ausgeschiedene, hielten gestern Abend eine von etwa 800 Personen besuchte Versammlung ab, um über ein gemeinschaftliches Vorgehen zur Erhaltung der Pensionsansprüche zu berathen. Nach längerer Besprechung wurde einstimmig der Entwurf einer Petition an den Reichstag genehmigt, in welcher, unter ausführlicher Begründung des Antrages, um Abänderung des Pensionsgesetzes dahin gebeten wird, daß jegliche Bestimmung über Kürzung der Pension bei Anstellung des Pensionairs im Civildienst fortfällt. Die Mehrzahl der Anwesenden erklärte sich, der „Post" zufolge, bereit, einem zu gründenden Militair-Invalidenverein beizutreten.

— Die amtliche Commission zur Bearbeitung des deutschen Arzneibuches, welche dieser Tage zusammengetreten war, hat in den neuen Nachtrag 14 Mittel aufgenommen und zugleich dem Begriff des „Weines" eine klare Bestimmung gegeben. Nach der Auffassung, die bei den Berathungen zu Tage trat, sollen „patentirte" Mittel dem Arzneibuch künftig fernbleiben.

* **Breslau**, 25. October. Die hiesigen Socialdemokraten beschlossen, ohne die Beschlüsse des Parteitages abzuwarten, unter allen Umständen in den Wahlkampf einzutreten, zu Gunsten des Freisinns.

* **Halle a. S.**, 25. October. Zur 50jährigen Jubelfeier des Landwirthschaftlichen Centralvereins der Provinz Sachsen fand im städtischen Schützenhause ein Festact statt, dem gegen 1000 Theilnehmer beiwohnten. Erschienen waren u. A. der Staatsminister v. Heyden, der Oberpräsident der Provinz Sachsen v. Bommer-Esche, der Regierungspräsident v. Diest, der Landeshauptmann Graf Wintzingerode, ferner Vertreter der Stadt und der Universität Halle, der Handelskammer, des Landes-Oekonomie-Collegiums, der Deutschen Landwirthschaftsgesellschaft sowie vieler anderer Behörden und wirthschaftlicher Körperschaften. Nachmittags fand ein Festmahl statt, Abends eine Festvorstellung. Für morgen ist die Besichtigung der landwirthschaftlichen Fachanstalten geplant.

* **Köln**, 25. October. (Socialistischer Parteitag.) Heute wurde eine Resolution zur Maifeier vertheilt, welche empfiehlt, „daß nur diejenigen Arbeiter und Arbeiter-Organisationen, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen dazu im Stande sind, neben den anderen Kundgebungen den 1. Mai auch durch die Arbeitsruhe feiern". Singer erstattete sodann Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der socialdemokratischen Reichstagsfraction und berief sich im Großen und Ganzen auf den vorliegenden gedruckten Bericht. Dieser schließt mit folgenden Worten: „Dem neugewählten Reichstag fällt die Aufgabe zu, für Deckung der durch die Heeresverstärkung bedingten Kosten zu sorgen. Die nächste Session wird nach dieser Richtung hin lebhafte Kämpfe bringen, deren Ausgang aus jedoch nicht zweifelhaft ist und die mit einer vermehrten Belastung der Arbeiterclassen endigen werden. Der socialdemokratischen Fraction ist ihre Aufgabe im Reichstage durch unser Programm gewiesen. Zielbewußt auf dem Boden des Classenkampfes verharrend, führt die Socialdemokratie auch im Parlament den Kampf gegen die heutige Gesellschaft unter der Parole: Nieder mit dem Militarismus! Nieder mit dem Capitalismus! Wie wir die Wahlbewegung einzig in den Dienst unserer principiellen Agitation stellen, so auch die parlamentarische Thätigkeit der Fraction. Die Socialdemokratie ist und bleibt die unversöhnliche Feindin der bürgerlichen Gesellschaft, sie hört nicht eher auf zu kämpfen, bis der Arbeiterclasse die politische Macht erobert, bis die Classenherrschaft gestürzt, die capitalistische Wirthschaft beseitigt ist." Singer fügte hinzu: Wir stehen nach wie vor auf dem Standpuncte, daß der Parlamentarismus uns nicht Selbstzweck ist, sondern daß wir ihn nur als Mittel zur Erreichung unserer Zwecke betrachten. Von diesem Gesichtspunct aus hat die Fraction mit allen Fragen im Reichstage sich befaßt, sie beleuchtet und ausgenützt.

Zum Antrag: „Die Reichstagsfraction solle im Reichstage die Reichsregierung auffordern, eine Arbeitslosenstatistik aufnehmen zu lassen", bemerkt Singer: Der Antrag sei zu billigen; es sei zweifellos, daß eine solche Statistik, wenn sie eine sichere Grundlage liefern solle, nur von denjenigen Organen ausgeführt werden könne, die alle Mittel zur Verfügung hätten, um eine richtige Aufnahmestatistik zu ermöglichen. Der Antrag wurde der Fraction zur Berücksichtigung überwiesen.

Harm-Altona beantragt: „Die Fraction solle darauf hinwirken, daß 1) eine vom Staat organisirte Versicherung gegen Arbeitslosigkeit eingeführt werde. 2) Welche der Parteitag der Verstaatlichung der für die Ernährung des Volkes hauptsächlich in Betracht kommenden Bodenerzeugnisse, insbesondere des Getreides, sowie des Handels mit diesen seine Zustimmung geben. 3) Welche der Parteitag auf Organisirung des Arbeitsnachweises, sei es durch den Staat oder durch die Gemeinden, hinwirken." Singer: Solche Dinge könnten nicht auf einem Parteitage behandelt werden, dazu gehöre Material zur Beurtheilung und Begründung. Bebel: Durch Antrag 1 soll in anderer Form das berüchtigte „Recht auf Arbeit" eingeführt werden. Man hegte ja früher den Glauben, das „Recht auf Arbeit" durchführen zu können. Jetzt haben sich auch 50 000 Schweizer gefunden, die diesen Glauben hegen. Nach meiner festen Ueberzeugung ist die Forderung des Rechts auf Arbeit im heutigen Staate ein Unsinn. Das Recht auf Arbeit besteht, es hat schon im preußischen Landrecht seinen Ausdruck gefunden. Die Frage des Antrags 3 wird bei der Besprechung der Gewerkschaften eine Rolle spielen. Die Fraction wird im nächsten Reichstag erwägen, ob sie nicht ihren früheren Antrag auf Arbeiterkammern und ein Reichs-Arbeitsamt wieder stellen soll mit Rücksicht auf den Berlepsch'schen Entwurf über Handwerkerkammern. — 1 und 2 werden abgelehnt und 3 der Fraction zur Erwägung überwiesen.

Parteigenossen in Halle a. S. beantragen: 1) Die Fraction soll im Reichstag einen Antrag auf Beseitigung des Impfzwanges stellen. 2) Die Fraction zu beauftragen, in Anbetracht der wachsenden Arbeitslosigkeit im Reichstag die obligatorische Einführung des achtstündigen Arbeitstages zu beantragen. Bebel bittet, den ersten Antrag abzulehnen. Wenn man solche Anträge behandle, dann könne man auch mit Anträgen für oder gegen Blutsection, Naturheilkunde 2c. kommen. Mit solchen Dingen solle der Congreß sich nicht beschäftigen. Bezüglich des zweiten Antrages sei er der Ansicht, daß jetzt nicht die Zeit dafür sei. Die Periode der heutigen wirthschaftlichen Krisis sei für einen solchen Antrag die ungünstigste Zeit. — Der 1. Theil des Antrages wird abgelehnt, der 2. angenommen.

Nach einem Antrag der Parteigenossen in Frankfurt a. M. soll die Fraction für eine einheitliche Regelung der Gewerbe-Inspectoren durch Reichsgesetz wirken. Singer erklärt das volle Einverständniß der Fraction mit diesem Antrage. Die Parteigenossen in Düsseldorf und Frau Rochlack-Berlin beantragen in dieser Frage eines Gesetzentwurf, wonach auch weibliche Fabrik-Inspectoren angestellt, die Wahl der männlichen und weiblichen Fabrik-Inspectoren durch geheime directe Wahl der Arbeiter, Arbeiterinnen und Arbeitgeber erfolgen, die Inspectoren vom Staate besoldet und mit Exerzierpflicht ausgestattet werden sollen. Die Anträge zum Fabrik-Inspectorat werden der Fraction zur Erwägung überwiesen. (Köln. Ztg.)

* **Köln**, 25. October. Wegen Veröffentlichung des vom Kapuziner-Pater Aurelian über die bekannte Teufelsaustreibung in Wemding verfaßten Protokolls stand i. Jt. der verantwortliche Redacteur der „Köln. Ztg." dreimal, des unbefugten Nachdrucks angeklagt, vor Gericht. Das Ergebniß war Freisprechung. In der vorigen Woche hatte sich der in Höhe am Main wohnende Dr. Oskar Horn als Einsender des Protokolls wegen „Beihilfe" vor dem Landgerichte Köln zu verantworten. Er wurde ebenfalls freigesprochen.

* **Bonn**, 25. October. Gegenüber der Absicht des Ex-jesuiten Grafen Hoensbröch, in den „Preußischen Jahrbüchern" neue Enthüllungen über den Jesuitenorden bringen zu wollen (gemeint ist ein Artikel: „Moderner Jesuitismus", der im November-Heft der „Preußischen Jahrbücher" erscheinen wird. Red. des „Leipziger Tageblattes"), bemerkt die hiesige „Reichszeitung", daß dieselben Niemand genieren würden, und fügt die Drohung hinzu, andere Enthüllungen (?) dagegen könnten unbequem (?) werden.

* **Neuwied**, 24. October. Die Genesung der Königin von Rumänien ist, der „Westd. Ztg." zufolge, in erfreulicher Weise fortgeschritten. „Das Aussehen der erlauchten Frau ist vortrefflich; die Wangen ziert wie ehedem ein frisches Roth, aber das stark ergraute Haar erinnert an das noch immer nicht ganz gehobene schwere Leiden der Königin, welche am 29. December d. J. ihr 50. Lebensjahr vollendet. Wenn auch die hohe Frau den Gebrauch der Füße wenigstens zum Theil wieder erlangt hat, so muß es doch inniges Mitgefühl erwecken, wenn man sieht, wie die Königin aus dem Wagen gehoben und die Treppen hinauf und hinunter getragen werden muß."

* **München**, 25. October. Kammer der Abgeordneten. Ziffer 1 des Antrags Pichler (Centrum) betreffs zollfreier Einfuhr von Rupvieh aus Oesterreich wurde abgelehnt, dagegen Ziffer 2, Oberösterreich in zwei durch die Donau getrennte Seuchengebiete zu theilen, in namentlicher Abstimmung mit 70 gegen 60 Stimmen angenommen. Der Minister des Innern hatte den Antragsteller ersucht, den zweiten Theil seines Antrages zurückzuziehen, da die österreichische Regierung noch nicht zur Sache Stellung genommen habe.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 25. October. Der Wehrausschuß hat die Landwehrnovelle unverändert angenommen.

* **Prag**, 25. October. Bei den heutigen Ergänzungswahlen für das Stadtverordneten-Collegium wurden 16 Altczechen und 13 Jungczechen gewählt. 4 Stichwahlen sind erforderlich.

* **Agram**, 25. October. Der Banus ist gestern Abend nach Pest abgereist, um die Sanction der für den Landtag vorbereiteten Vorlagen einzuholen. Der Zusammentritt des Landtages wurde neuerlich etwas hinausgeschoben und dürfte erst am 16. November erfolgen.

* **Pest**, 25. October. In hiesigen unterrichteten Kreisen glaubt man zu wissen, Kalnoky's bevorstehende Urlaubsreise hänge mit der österreichischen Wahlreform zusammen, von der Kalnoky ebenso wie der Reichsrath und alle Welt überrascht wurde. Kalnoky's Abreise wird als Kundgebung gegen die Wahlreform aufgefaßt, von welcher thatsächlich eine schädliche Rückwirkung auf die auswärtige Politik besorgt werde.

Frankreich.

* **Paris**, 25. October. Dupuy beglückwünschte schriftlich den Polizeipräfecten zur Aufrechthaltung der Ordnung und der Freiheit der Straße während der Feste. — Der „Temps" widmet den Russen einen sehr nüchternen Nachruf. Die internationalen Höflichkeiten zwischen Rußland und Frankreich seien sehr im Zug, weniger glatt als der Austausch solcher Liebenswürdigkeiten entwickele sich derjenige der Waaren. Frankreich habe im vorigen Jahre nur für 12 Millionen Waaren nach Rußland aus-, dagegen von dort für 166 Millionen eingeführt. Der jetzt bestehende Handelsvertrag gewähre keine genügenden Vortheile, und Frankreich werde künftig darauf halten müssen, daß seine Vertretung in Petersburg nicht blos Zunft-Diplomaten, sondern auch gewiegten praktischen Geschäfts-

---

wie die Anklage es ihr zur Last zu legen bemüht sei. Statt dessen habe Frau Bruns den Vorgang vollständig bemäntelt, daß nicht einmal der eigene Vater eine Ahnung von demselben gehabt, und erst der gegen sie gerichtete Angriff habe nun die Magd bewogen, das ihr auferlegte Schweigen zu brechen.

Dem Vertheidiger blieb, nach der Rede des alten Arztes, kaum noch etwas zu sagen übrig. Niemand war mehr über den Wahrspruch der Geschworenen im Zweifel gewesen, als diese nach kurzer Berathung Foelke Bruns von der gegen sie erhobenen Anklage freigesprochen. Die junge Frau erhob den Kopf. Jetzt erst hatte sie sich aus der zusammengesunkenen Stellung, welche sie während der ganzen Dauer der Verhandlungen eingenommen, aufgerichtet.

Mit wankenden Schritten, gesenkten Kopfes hatte Foelke Bruns, geführt von dem Rechtsanwalt Buddenberg, den Saal verlassen. Draußen angelangt, blickte sie wie verwirrt um sich. Sie schrak zusammen. Nur wenige Fuß breit von ihr entfernt stand der Amtsrichter Hellwald. Sein Anblick schien einen erschütternden Eindruck auf sie zu machen. Buddenberg bemerkte, daß sie erschauerte und sich dann abwandte, als habe sie einen häßlichen Anblick gehabt. Schwerer legte ihr Arm sich auf den seinen, sie schien in diesem Augenblick noch mehr der Stütze bedürftig.

Sie sprach kein Wort. Er führte sie an einem bereitgehaltenen Wagen.

„Wohin soll der Kutscher uns bringen?" fragte Buddenberg.

Wohin? Ja — wohin? In die Stadtwohnung zurück, aus welcher man sie fortgeführt? Jäh schoß das Blut in ihre bleichen Wangen. Und doch! Nur einen flüchtigen Augenblick war das heiße Verlangen nach dem Frieden des Vaterhauses in ihr aufgelebt. Nie mehr!

„Nach meiner Wohnung", kam es leise über ihre Lippen.

Hier war sie erwartet worden. Die Wirthin hatte niemals an irgend eine Schuld der jungen, schönen Frau geglaubt, die während ihres kurzen Aufenthaltes in ihrem Hause so still und zurückgezogen gelebt. Rechtsanwalt Buddenberg traf im Uebrigen aber auch Vorsorge für seine Klientin, damit sie bei ihrer Heimkehr nichts vermissen möge, dessen sie zu ihrer Erholung bedürftig sein würde.

So wurde Foelke Bruns herzlich im Hause empfangen und in ihre vollständig für ihre Wiederkehr in Bereitschaft gehaltene Wohnung geführt. Buddenberg hatte daran gedacht, auch das Kind der jungen Frau hierher bringen zu lassen, doch nahm er von dieser ihm Frau Bruns gegenüber eigenmächtig scheinenden Handlung, mochte sie noch so wohlgemeint sein, Abstand.

Und er hatte wohl daran gethan. Die junge Frau bedurfte des Alleinseins, sie war erschöpft nicht mehr im Stande, sich zu beherrschen. Nachdem er um die Erlaubniß gebeten, sie am folgenden Tage besuchen zu dürfen und sich dann verabschiedet, glaubte er, als die Thür hinter ihm ins Schloß gefallen war, ein lautes Aufschluchzen zu hören.

Ja — Foelke Bruns weinte. Als Buddenberg sie verlassen hatte, stand sie noch einen Augenblick aufhorchend. Sie war wirklich allein und — nicht mehr eine Gefangene. Während der endlos scheinenden Zeit ihrer Gefangenschaft hatte keine Thräne den grenzenlosen Schmerz gelindert, jetzt endlich fand sie den Trost dieses Thaues. Die Thränen rannen strömweise über die bleichen, abgehärmten Wangen der jungen Frau auf die ineinander gelegten Hände in ihren Schoß.

Sie war frei — nicht mehr eine Verbrecherin, eine Ausgestoßene der menschlichen Gesellschaft. Was der Staatsanwalt, was Bernd und Wolberich gegen sie vorgebracht, so empörend die Aussagen auch gewesen, es war ausgeglichen durch den treuen Freund aus dem Vaterhause, den alten Doctor, durch die ehrliche Magd und die Schlußworte eines wohlwollenden Vorsitzenden, der von Mitleid mit der unschuldig Angeklagten erfüllt gewesen war.

Allmälig wurde Foelke ruhiger, und sie wollte es werden. Noch heute mußte sie zu ihrem Kinde, um es zu holen. Seine Mutter war durch keinen schimpflichen Verdacht mehr belastet, frei durfte sie das kleine Geschöpf wieder begrüßen.

Auch an Wilhelm Adams dachte sie. Nie hatte er ihretwegen gelitten, und mit welcher Freude würde sie zu ihm geeilt sein, um ihm die Botschaft zu überbringen, daß sie frei geworden! Aber wehmüthig schüttelte sie den Kopf. Das Elternhaus war ihr verschlossen auf immerdar. Dafür hatte jener Elende Sorge getragen, dessen Anblick sie am heutigen Tage, beim Verlassen des Schwurgerichtssaales, erschreckt.

„Der Elende!" wiederholte sie laut.

Ihre Gedanken kehrten zu ihrem Kinde zurück. Sie erhob sich mit einer raschen Bewegung, ein Hauch von Röthe begann ihre bleichen Wangen zu beleben, sie trat an den Spiegel. Ihr Aussehen befremdete sie nicht, aber sie hatte den Wunsch, es zu verbessern. — Die Menschen brauchten nicht zu wissen, daß sie sehr gelitten.

Foelke zwang sich, Speise und Trank zu genießen. Dann ging sie die brennenden Lider zu kühlen und die Thränenspuren zu verwischen. Es war nicht so leicht, und ihre Ungeduld wurde auf eine harte Probe gestellt. Sie mußte noch ihre Zuflucht zu einem dichten Schleier nehmen, ehe sie das Haus verlassen konnte, um sich zu ihrem Kinde zu begeben. Sie fand die kleine Grethe der Obhut einer Magd anvertraut, im Hause der Pathe, während diese selbst einen Besuch im benachbarten Dorfe machte. Das Kind sah nicht verändert aus, sein Anblick hatte die Mutter noch nie mit einem sicheren Glücksbewußtsein erfüllen können, heute betrachtete sie es mit banger Sorge. Heimlich war wohl die leise Hoffnung in ihr lebendig gewesen, das Kind anders aussehend zu finden, gekräftigt. Statt dessen wollte es ihr scheinen, als lägen die Augen noch tiefer in ihren Höhlungen und der bläuliche Ring um dieselben habe eine Erweiterung erfahren. Jede seiner Adern durchschimmerte die Schläfen, und die kleinen Hände erschienen welk und zusammengeschrumpft.

Angsterfüllt preßte die junge Mutter das kleine Geschöpf an ihr Herz, und wieder funkelten in ihren Augen helle Tropfen. Dann aber wurde sie ruhiger. Das Kind würde nun wieder ihrer Pflege theilhaftig werden. Ihr Kummer hatte eines Tages nachtheilig auf die Kleine gewirkt, aber derselbe war gehoben und sie konnte sich ganz der Sorge für das Kind hingeben.

Am Abend kehrte sie mit demselben in die Stadt zurück. Von der Pathe war sie nicht besonders freundlich empfangen worden. Sie hatte, wie sie gesagt, „zu viel Aerger von der Geschichte gehabt". Nachdem sie die Nachricht von Foelke's Freisprechung durch einen reitenden Boten, den sie am Morgen in die Stadt geschickt, erfahren, war sie heute zum ersten Male wieder unter Leute gegangen, weil sie sich zu sehr geschämt hatte, „daß Eins aus ihrer Familie" so dagestanden, wie Foelke gethan. Diese mochte es nur als ein großes Glück ansehen, daß es noch so abgelaufen und sie nicht verurtheilt worden war.

Die junge Frau hatte aufgeathmet, als sie wieder in dem Wagen gesessen und die Pferde angezogen hatten. Zärtlich drückte sie das Kind an ihr Herz und fuhr liebkosend über die weißen Wangen. War sie auch von Sorge um die Gesundheit des kleinen Geschöpfes erfüllt, so gesellte derselben sich doch die Hoffnung zu, daß es ihrer Liebe gelingen werde, das Leben des Kindes zu erhalten und dieses zum Gedeihen zu bringen.

Erst langsam gewann sie die Herrschaft wieder über sich selbst. Die gleichmäßige Ruhe ihrer Natur, mit welcher sie so manche Lage beherrscht, schien völlig verloren gegangen. Noch immer wollte die innere Angst und Unruhe der letzten Monate sie nicht verlassen, und es bedurfte der ernsten Mahnung an sich selbst, um sich zu einem Genießen des stillen Friedens zu zwingen, der sie in den nun folgenden Tagen umgab.

Die junge Frau empfing außer dem Rechtsanwalt Buddenberg Niemanden. Auch dieser war nur in den ersten Tagen, nachdem Foelke frei geworden, einige Male zu ihr gekommen, später nicht mehr. Anfangs sich nach ihrem Ergehen zu erkundigen, hatte er für seine Pflicht gehalten, später blieb er ihr rücksichtsvoll fern, „um ihren Feinden nicht Gelegenheit zu neuen Angriffen auf ihre Ehre zu geben", wie er sich lächelnd selbst sagte.

Einmal war auch Wilhelm Adams gekommen. Foelke hätte dringend gewünscht, daß er ihr fern geblieben wäre, aber sie fand nicht den Muth, den Freund ihrer Kindheit abzuweisen. Die Begegnung hatte auf beide Theile erschütternd gewirkt. Wilhelm war nicht ohne die Befürchtung gekommen, Foelke furchtbar verändert zu finden, aber er sah sie bei Weitem durch die Wirklichkeit übertroffen. War es möglich, daß diese gebrochene Frauengestalt seine einstige Jugendgenossin sein konnte? Foelke dagegen wurde durch Wilhelm's Anblick nicht nur an all das überstandene Elend erinnert, sondern auch an die Zukunft, welche öde und freudlos vor ihr lag. Für immer vertrieben aus dem Vaterhause, durch die Bosheit der Menschen von dem einzigen Freund losgerissen, dessen Treue und Anhänglichkeit sie die Einsamkeit weniger fühlbar hätte machen können, würde sie immer eine Verlassene sein.

Nur mit Anstrengung konnte sie eine Ruhe zur Schau tragen, die sie nicht besaß. Erst im Laufe der Unterhaltung gelang es ihr, allmälig die in ihr tobenden Gefühle zum Schweigen zu bringen und ruhiger die Dinge zu besprechen, die Wilhelm, wie er sagte, hergeführt. „Ich habe Deinem Vater in die Hand gelobt; über Dich und Dein Eigenthum zu wachen, dem Kinde sein Erbe zu erhalten und das will ich thun nach bestem Können. Andere Dinge aber giebt es, die Dein und Deines Kindes Glück in Gefahr bringen, wo ich nichts thun kann, als Dich warnen und, wenn Du meinen Rath annehmen willst — Dir rathen. Ich muß nach Dingen fragen, von denen Du vielleicht nicht gern hörst."

„Frage nur, Wilhelm, ich kann guten Rath gebrauchen. Ich möchte selbst wissen, welchen Ausgang dies Alles nehmen wird."

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.